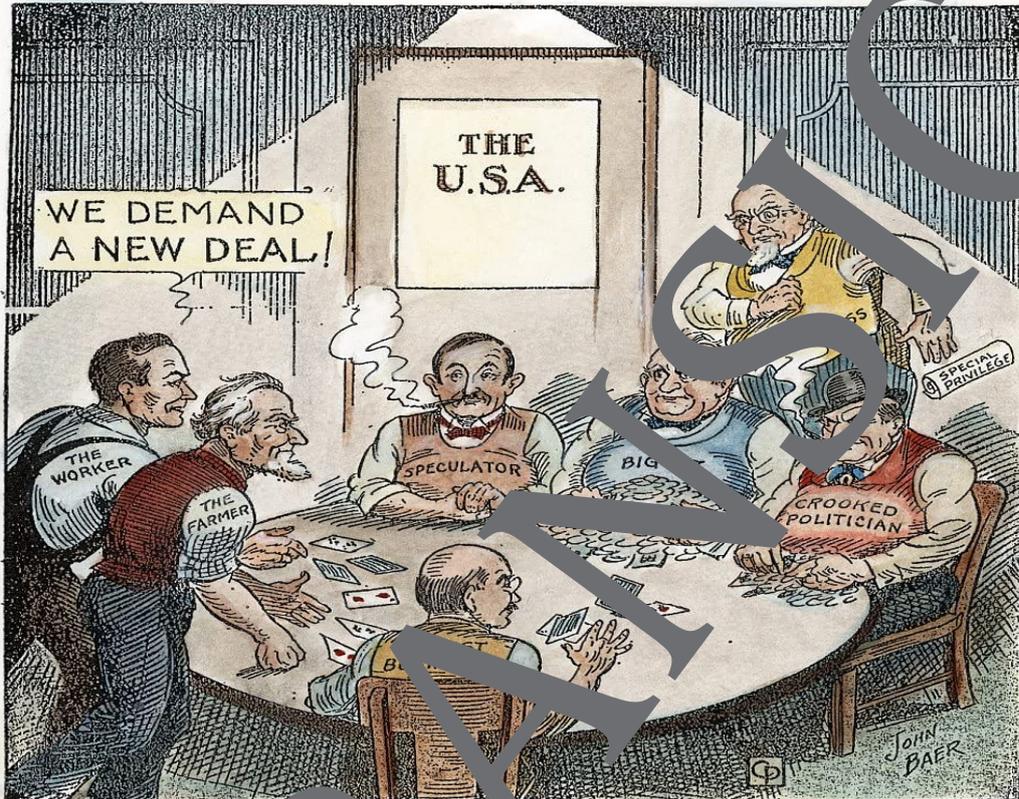


II.H.39

20. Jahrhundert

Die Weltwirtschaftskrise (1929–1939) – Ist der Kapitalismus am Ende?

Dr. Michael Brabänder



Karikatur von John Baer (1931)

Kein anderes Ereignis hat den Glauben an das kapitalistische Wirtschaftssystem so nachhaltig erschüttert wie die große Krise, die 1929 die Welt hereinbrach. Was war zu tun? Abwarten und auf die viel beschworenen Selbstheilungskräfte des Marktes vertrauen oder etwas ganz Neues versuchen? Mit dem Fokus auf den USA und Deutschland lernen Schülerinnen und Schüler zwei paradigmatische Lösungsversuche kennen. Außerdem einen konnte sich der Kapitalismus trotz aller Widerstände selbst neu erfinden, der andere führte geradewegs in den Nationalsozialismus.

KOMPETENZBEFELD

Klassenstufe:	Sek. II
Dauer:	6 Unterrichtsstunden
Kompetenzen:	Volkswirtschaftliche Zusammenhänge verstehen, Handlungsoptionen antizipieren und vergleichen, zeitgenössische Beurteilungen analysieren
Thematische Bereiche:	Wirtschaftskrise, „New Deal“ (USA), Deflationspolitik (Deutschland)
Medien:	Texte, Karikaturen, Grafiken

Auf einen Blick

1. Stunde

Thema: Der Börsencrash an der Wall Street

- M 1 Der Crash an der New Yorker Wall Street
- M 2 Vom Börsencrash zur Wirtschaftskrise
- M 3 Die Dimension der Krise

2./3. Stunde

Thema: Auf dem Weg zum „New Deal“

- M 4 Was soll die Regierung tun?
- M 5 „Wir verlangen einen New Deal!“
- M 6 Der „New Deal“ in Aktion
- M 7 Der „New Deal“ – Ein Erfolg?

4. Stunde

Thema: Die Krise in Deutschland

- M 8 Warum greift die Wirtschaftskrise auf Deutschland über?
- M 9 Das Ziel: „Wirtschaftlich gesund und politisch frei“

5./6. Stunde

Thema: Die Politik greift ein

- M 10 Ziele und Maßnahmen der Regierung Brüning (1930–32)
- M 11 Folgen der Wirtschaftspolitik der Regierung Brüning
- M 12 Gab es Alternativen zu Brünings Politik?

Lernerfortschritt

- M 13 Klausurvorschlag: Eine neue Theorie zur Überwindung der Wirtschaftskrise?

Die Dimension der Krise

M 3

Aufgabe

Geben Sie die Informationen der Statistiken für die wirtschaftliche Entwicklung der USA in der Krise wieder.

a) Industrieproduktion

Indexwert 1929 = 100

Jahr	USA	Deutschland	Welt
1929	100,0	100,0	100,00
1930	80,7	85,9	88,6
1931	68,1	67,6	69,1
1932	53,8	53,3	69,8

Herbert Krieger (Hrsg.): *Handbuch des Geschichtsunterrichts. Bd. 5: Die Neuere Zeit 1850–1945.* Frankfurt am Main, 4. Auflage 1980, S. 223.

b) Arbeitslosigkeit (in Prozent der Erwerbstätigen)

Jahr	USA	Deutschland
1929	5,3	15,5
1930	14,2	22,7
1931	25,2	27,7
1932	36,3	43,8
1933	37,6	38,9

Jan-Otmar Hesse, Roman Köpfer, Werner Pompe: *Die Große Depression. Die Weltwirtschaftskrise 1929–1939.* Bonn 2017 (Sonderausgabe für das Bundeszentrum für politische Bildung), S. 238.

Was soll die Regierung tun?

M 4

Die Kandidaten der beiden großen Parteien im Präsidentschaftswahlkampf der USA 1932 hatten ganz unterschiedliche Rezepte für die Wirtschaftskrise, die gerade auf ihrem Höhepunkt war.

Aufgaben

1. Arbeiten Sie heraus, wie die beiden Politiker die Wirtschaftskrise einschätzen und welche Rolle sie der Regierung zuweisen.
2. Beurteilen Sie die konkurrierenden Konzepte.

a) Auszug aus der Wahlkampfredede von Franklin D. Roosevelt am 23. September 1932 im Commonwealth Club in San Francisco

Die Aufgabe, die sich uns stellt, besteht nicht in der Erschließung oder Ausbeutung von Bodenschätzen. Sie besteht auch nicht zwangsläufig in der Vergrößerung der industriellen Produktion.

Es handelt sich um die nüchterne, weniger dramatische Aufgabe, die bereits erschlossenen und existierenden Rohstoffe und Industrieanlagen zu verwalten, auswärtige Märkte für unsere Überschuss-Produktion zu erschließen, das Problem des zu geringen Konsums anzupacken, Reichtum und Güter gleichmäÙiger zu verteilen und die bestehende Wirtschaftsstruktur dem Wohl der Menschen anzupassen. Die Zeit ist reif für eine Regierung mit Inspiration. [...]

In früheren Zeiten sahen wir uns mit dem Fortschritt der übermäßig machthungrigen Zentralregierung konfrontiert. Schritt für Schritt machten wir eine verfassungsmäßige, demokratische Regierung aus ihr. Im gleichen Sinne müssen wir heute die Wirtschaft verändern und kontrollieren. [...]

Jeder Mensch hat ein Recht auf Eigentum und damit soweit möglich auch auf eine Garantie für die Sicherheit seiner Ersparnisse. [...] Wenn wir im Einklang mit diesem Grundsatz die Tätigkeit der Spekulanten, der Manipulatoren, auch die der Bankiers einschränken müssen, so sind diese Beschränkungen meiner Überzeugung nach notwendige Maßnahmen, um die Freiheit des Einzelnen zu schützen, nicht um sie zu behindern. [...]

Die verantwortlichen Führungskräfte im Finanzwesen und in der Industrie müssen im Interesse des Allgemeinwohls zusammenarbeiten, nicht jeder für sich allein. Wenn nötig, müssen sie den einen oder anderen privaten Vorteil opfern und in gegenseitiger Selbstverleugnung den Vorteil aller suchen. An diese Stelle kommt die Regierung – man kann sie auch politische Regierung nennen – ins Spiel. Auch der einsame Wolf, der skrupellose Konkurrent und der rücksichtslose Agent [...] sind bei ihren Geschäften dem Allgemeinwohl verpflichtet. Wenn dies heute die Wirtschaft in einen Zustand der Anarchie zu stürzen drohen, ist es die Aufgabe der Regierung, ihnen Zügel anzulegen. In gleicher Weise muss die Regierung unverzüglich zum Schutz des Allgemeinwohls tätig werden, wenn Interessengruppen ihre Macht einseitig für ihre Zwecke missbrauchen. [...]

Wir wissen, dass die Freiheit, andere ihrer elementaren Rechte zu berauben, nicht den Schutz der gesellschaftlichen Ordnung genieÙt. Die Aufgabe der Regierung ist es, eine Balance zu gewährleisten, in der jeder Einzelne einen Platz findet, wenn er das möchte.

<https://www.presidency.ucsb.edu/documents/campaign-address-progressive-government-the-commonwealth-club-san-francisco-california>; Übersetzung aus dem Englischen: Dr. Michael Brabänder.



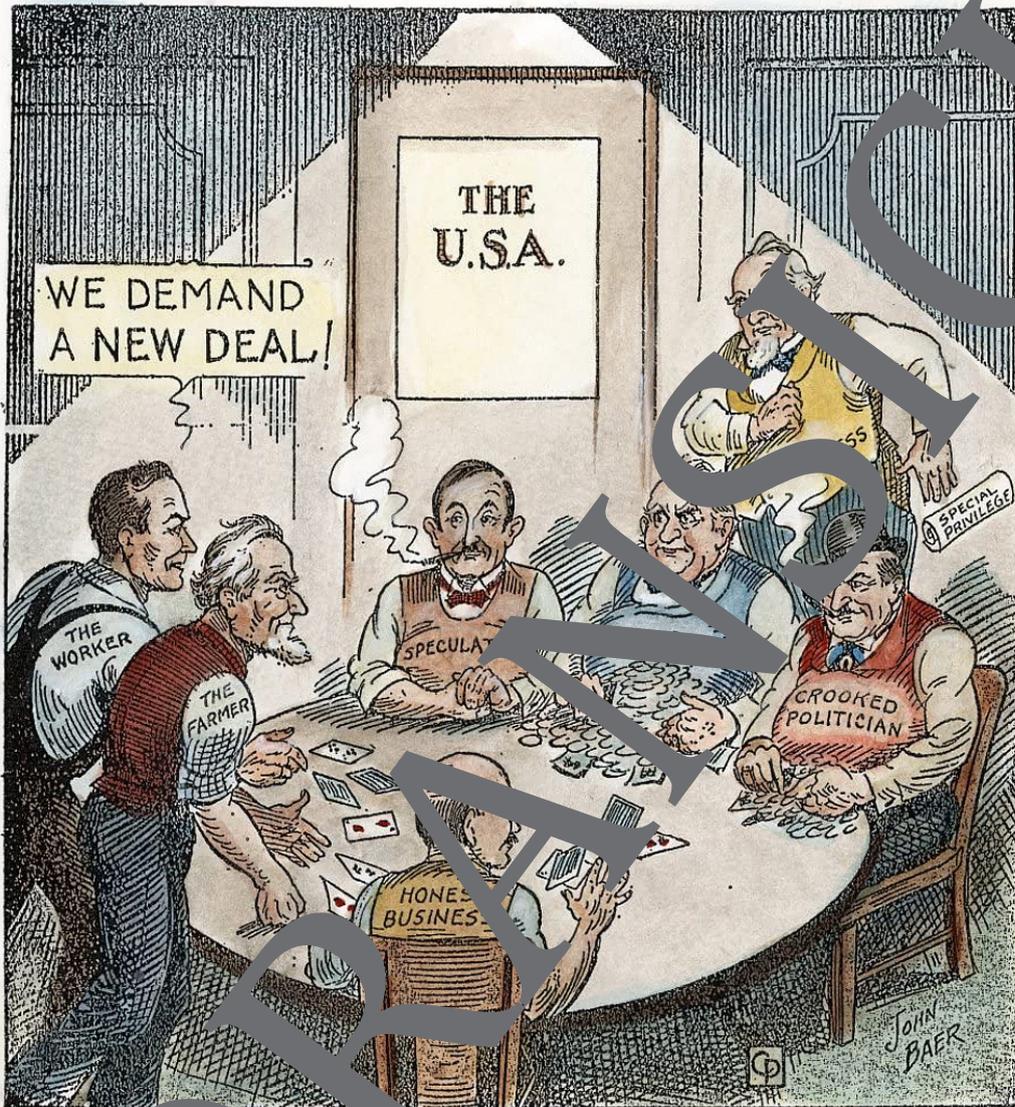
Foto: Wikimedia Commons/Public Domain

„Wir verlangen einen New Deal!“

M 5

Aufgaben

1. Beschreiben und interpretieren Sie die Karikatur.
2. Setzen Sie die Karikatur in Bezug zu M 4.
3. Entwerfen Sie konkrete Maßnahmen im Sinne des „New Deal“ (M 4b).



Karikatur von John Baer (1933)

Du solltest wissen

„New Deal“ bezeichnet die Neuverteilung der Karten beim Pokern und anderen Kartenspielen, wenn das laufende Spiel völlig verfahren ist. Roosevelt benutzte den Begriff als Metapher zur Kennzeichnung seiner umfassenden Wirtschafts- und Sozialreformen im Rahmen der Bekämpfung der Wirtschaftskrise.



M 11

Folgen der Wirtschaftspolitik der Regierung Brüning

Aufgaben

1. Beschreiben und interpretieren Sie die Karikatur.
2. Setzen Sie die Bildaussage in Bezug zu M 10.
3. Geben Sie die Lebensumstände im Berliner Arbeitslosenmilieu zur Zeit der Wirtschaftskrise wieder.
4. Beschreiben und interpretieren Sie das Wahlplakat.

a) „Die neue Notverordnung“

Anmerkung: Der Löwe links im Bild ist das Signet des Karikaturisten und für die Interpretation ohne Bedeutung. Der Text unten lautet „I moan, Herr Dokter, die scharfe Medizin hilft mein Mädel aa nimmer“.



Karikatur von Emil Krieger, 1931

muss. Bemerkenswert ist, dass die Familie einen relativ hohen Anteil ihres schmalen Budgets für die Mitgliedschaft in der kommunistischen Partei und deren Presseorgane aufwendet.

Zu 4: Das ikonische Wahlplakat der NSDAP zeigt frontal eine in tristem Braun-Schwarz gehaltene und mit wenigen Strichen skizzierte Menschenansammlung in einer Straßenschlucht. Die aus dem Bild hervorstechenden Gesichter erscheinen fahl und abgehärmt. Aus den Mienen sprechen Niedergeschlagenheit und Trostlosigkeit, teilweise Wut. Die Bildaufschrift „Unsere letzte Hoffnung. HITLER“ suggeriert dem in der ersten Person angesprochenen Betrachter die Zugehörigkeit zu diesem Kollektiv verzweifelter Menschen, die unter der Wirtschaftskrise existenziell leiden. Eine die NS-Bewegung biete einen Ausweg, so die Botschaft des Plakats.

Schülerlösungen (M 12)

Zu 1: Brüning hätte der Wirtschaftskrise mit einem staatlichen Konjunkturprogramm begegnen können, beispielsweise in Form von umfangreichen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung. Die Finanzierung wäre über Kredite zu leisten gewesen. Entsprechende Pläne existierten bereits, die setzte Brüning sie nicht um. Tatsächlich wären die Erfolgsaussichten laut M 12 gering gewesen, doch hätte die Regierung damit ein Signal des Handlungswillens an die Bevölkerung aussenden können.

Zu 2: Zum einen sah Brüning in staatlichen Konjunkturprogrammen nur ein Strohfeuer ohne dauerhafte Wirkung. Des Weiteren erwartete er in Ermangelung einer soliden Finanzierung inflationäre Folgen. Vor allem aber musste eine aktive staatliche Konjunkturpolitik bei den Reparations-Gläubigern den Eindruck erwecken, dass Deutschland noch über finanzielle Handlungsspielräume verfüge, also durchaus zu weiteren Zahlungen in der Lage sei. Da der Kanzler die aktuelle Krisenlage für die Beendigung des Reparationsregimes nutzen wollte, galt es, einen solchen Eindruck um jeden Preis zu verhindern.

Zu 3:

positiv	negativ
<ul style="list-style-type: none"> – Wirtschaftlich bedeutete das Ende der Reparationen eine erhebliche Entlastung für den Staatshaushalt. Bis dahin hatte das Land gemäß dem Youngplan von 1929 eine jährliche Zahlungsverpflichtung von rund zwei Milliarden Reichsmark, die zwar bis zum Jahr 1986 anfallen sollte. – Die als ungerecht empfundene Reparationsverpflichtung wirkten sich negativ auf die politische Kultur der Weimarer Republik aus und wurden von der republikfeindlichen Rechten für politische Agitation genutzt. Zudem belasteten sie die Beziehung zu anderen Staaten, insbesondere Frankreich (Besetzung des Ruhrgebiets 1923). 	<ul style="list-style-type: none"> – Durch den Alliierten die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands zu demonstrieren und ein Ende der Reparationen zu erreichen, nahm Brüning eine Verschärfung der Wirtschaftskrise bewusst in Kauf. Statt „Handlungsfähigkeit und Verantwortungsbewusstsein“ (M 12) zu zeigen, setzte er die Bevölkerung wirtschaftlicher Not aus und machte sie damit anfällig für die Verheißungen politischer Demagogen (vgl. M 11c).